

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesminister der Justiz, erinnert an Gustav W. Heinemann als Rechtspolitiker: Ein unbequemer Mahner. Seite 1

Hermann Scheer MdB rügt die Regierungssprecher, weil sie Politik auf eigene Faust machten: Voreilig und unangebracht. Seite 4

Ralph Herberholz MdB mahnt, daß Jugendliche Zuhörer benötigen, nicht aber Vorträge über Sachzwänge: Gummigeschosse oder Gummibärchen? Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 125 / 7. Juli 1981

Ein unbequemer Mahner

Gustav W. Heinemann setzte Maßstäbe der Rechtspolitik

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister der Justiz

Vor fünf Jahren, am 7. Juli 1976, starb Gustav Heinemann. Es ist der Bundespräsident Heinemann, aber auch der Bundesminister der Justiz, dessen wir dankbar gedenken.

Heinemann ist als "unbequemer" Präsident, auch - in ähnlichem Sinne - als "Glücksfall eines Präsidenten" bezeichnet worden. Beides hat miteinander zu tun: Mit seinem ständigen Mahnen etwa, die Unruhe der jungen Generation nicht von vornherein als Rabaukentum zu brandmarken, sondern über eigene Versäumnisse als möglichen Grund für das Aufbegehren nachzudenken, trug er wirksam zu Befriedung im Staate bei; denen, die sich über eine derart differenzierte Betrachtungsweise ärgerten, war er unbequem. Dabei hat er es nie an Ermahnungen auch an die jüngere Generation fehlen lassen:

"Die Jugend bedarf des Verständnisses und des Mitdenkens der Älteren. Dieser selben Jugend aber sage ich, daß sie ihre Ziele verfehlt, wenn sie ihre Eltern und ihre Lehrer oder das sogenannte Establishment wie Feinde behandelt und demütigen will. Wir haben eine Ordnung, die es ermöglicht, daß jeder zur Lösung der großen Aufgaben unserer Zeit beitragen kann. Sie ist eine Ordnung der Diskussion und der letztendlichen Mehrheitsentscheidung."

- 31. Dezember 1969 - Rundfunk- und Fernsehansprache -

Die Staatsbesuche Heinemanns in den Nachbarstaaten, angefangen bei den Niederlanden, ermöglicht durch seine untadelige politische Vergangenheit, wurden zu Brückenschlägen der Versöhnung. Ein Glücksfall für die, die so denken wie



ich, ein höchst unbequemer Präsident für die, die ihn deshalb als "Sühnepräsidenten" bezeichneten.

Ein unbequemer Mahner war er, wenn er vom Grundgesetz als einem großartigen Angebot, gleichzeitig aber auch als einem Auftrag an die mündigen Bürger sprach:

"Das Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 25 Jahren zählt zu den Sternstunden unserer Geschichte. Es unterbreitet uns das große Angebot, zum ersten Mal eine freiheitlich-rechtsstaatliche und soziale Demokratie zu verwirklichen."

- Bonn, 24. Mai 1974 -

Wie er dieses Angebot genutzt sehen wollte, machte Heinemann bereits bei seinem Amtsantritt als Bundesminister der Justiz im Dezember 1966 klar: "Der Rechtspolitische Auftrag unserer Zeit heißt Reform, nicht Restauration." Er war - zu seinem Leidwesen - nur 28 Monate Bundesjustizminister. Diese kurze Zeit reichte jedoch aus, die rechtspolitische Szene in der Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu verändern. "Mit Heinemann hat die Stagnation ein Ende", schrieb damals eine bedeutende Zeitung. Nun konnte Heinemann sich seiner neuen Aufgabe allerdings auch mit einem klar umrissenen rechtspolitischen Konzept annehmen, war er doch vorher lange Zeit Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD gewesen. So wurde es sein Verdienst, mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten die Entkriminalisierung der Übertretungen im Straßenverkehr - gegen den Widerstand mancher Gruppen - durchgesetzt und die rasche Verabschiedung des Gesetzes gefördert zu haben. Ebenso nahm er sich umgehend der Beseitigung der Strafbefugnis der Finanzämter an, eines Gesetzentwurfs, der lange Zeit in der Schublade gelegen hatte. Dank seines Drängens in dieser Sache kamen die gesetzgebenden Körperschaften einem Verdikt des Bundesverfassungsgerichts zuvor.

Zwei Gesetzeswerke in der Amtszeit Heinemanns ragen heraus, die deutlich seine Handschrift tragen. Es sind dies das Nichtehelichenrecht und die Strafrechtsreform. Das neue Nichtehelichenrecht gilt inzwischen als Musterbeispiel einer geglückten Rechtsreform. Es führte nach und nach zum Umdenken in der Bevölkerung und enthielt somit ein wichtiges Stück Gesellschaftspolitik.

Besondere Würdigung verdienen Heinemanns Verdienste um die Strafrechtsreform. Dabei ging es ihm besonders um die Liberalisierung des politischen Strafrechts. Das obrigkeitliche Staatsschutzrecht - das hatte er in seiner Zeit als Strafverteidiger erfahren - war mit den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates nicht vereinbar. Die Frucht war das 8. Strafrechtsänderungsgesetz. Dieselbe Einstellung hatte er gegenüber den sogenannten Demonstrationsdelikten das Grundrecht der Versammlungsfreiheit war für ihn - neben dem der freien Meinungsäußerung - Bürgerrecht von hohem Rang. Deshalb leitete er eine Reform auch dieser Delikte ein.

Die Große Strafrechtsreform hat er entscheidend gefördert und gestaltet. Bei diesen Arbeiten konnte er kaum auf den wenig fortschrittlichen Regierungsentwurf aus dem Jahre 1962 zurückgreifen. Der Entwurf wurde gründlich umgestaltet. In dem Wissen darum, daß Grundsatzentscheidungen im Strafrecht zugleich Grundsatzentscheidungen der Gesellschaft sind, sollte das neue Strafgesetzbuch den Erfahrungen der Gegenwart, den Veränderungen der Gesellschaft und den Erkenntnissen der Wissenschaft



Rechnung tragen. Seine Wertung der Straftatbestände stellte Heinemann unter den Leitsatz: "Das Bonner Grundgesetz geht davon aus, daß es Bereiche gibt, die dem staatlichen Eingriff entzogen sind." Besonders deutlich wird dies an der Neuordnung der sogenannten Sittlichkeitsdelikte. Beim Sanktionenkatalog trat der Gedanke der Resozialisierung eindeutig in den Vordergrund. Heinemann leitete auf dem Gebiet des Strafrechts eine Kurskorrektur ein, die bis heute wegweisend ist und die wegweisend bleiben wird.

"Der Bürger in Strafhaft bleibt gleichwohl Mitbürger und ist der besonderen Sorge der Gesellschaft anheimgegeben"

- Berlin, 3. Dezember 1969 -

Mit diesem Gedanken war es für Heinemann unvereinbar, daß "bei uns fast alles und jedes bis ins letzte gesetzlich geregelt ist, nur nicht die Rechte und Pflichten des Strafgefangenen". Der herkömmlichen Auffassung - an der die Bemühungen um ein solches Gesetz bis dahin gescheitert waren -, ein Strafvollzugsgesetz könne erst in Angriff genommen werden, wenn das materielle Strafrecht bis ins einzelne durchgearbeitet sei, erteilte Heinemann eine Absage. Im Oktober 1967 gab er den Auftrag, ein Gesetz zu erarbeiten, um "einen sozialen Strafvollzug aus dem Gebot der Solidarität" zu schaffen.

Bei all seiner Reformarbeit achtete Heinemann stets darauf, daß Rechtspolitik immer ein Stück Gesellschaftspolitik sein sollte. In einem Interview mit dem Südwestfunk (14.9.1969) sagte er, man müsse versuchen, "Vorgänge in der Gesellschaft transparenter zu machen". Als Beispiel nannte er das von ihm initiierte Publizitätsgesetz, das auch in privater Hand befindlichen Großunternehmen auferlegte, in ähnlicher Weise ihre Vermögenslage zu offenbaren, wie es damals schon Pflicht der Aktiengesellschaften war.

Heinemanns konsequente Art, sofort nach seinem Amtsantritt die bis dahin in der Rechtspolitik herrschende Stagnation anzugehen, fand nicht nur bei seinen Parteifreunden Wertschätzung. Im Jahre 1967 verlieh ihm die Theodor-Heuß-Stiftung ihren Preis "für bemerkenswertes demokratisches Engagement und für Zivilcourage". Wir sozialdemokratischen Juristen werden unsere Rechtspolitik an den Maßstäben, die Gustav W. Heinemann gesetzt hat, messen und sie auf dem von ihm gelegten Fundament fortführen.

(-/7.7.1981/bgy/ca)

+ + +



Voreilig und unangebracht

Regierungssprecher haben keine Politik auf eigene Faust zu machen

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses

Die Aufgabe von Regierungssprechern ist, der Öffentlichkeit die Politik der Regierung zu vermitteln und verständlich zu machen. Es ist nicht Aufgabe von Regierungssprechern, auf eigene Faust Politik zu machen und das Verhältnis zwischen Regierung und den sie tragenden Parteien, Fraktionen und Wählern zu belasten.

Leider gibt es in jüngerer Zeit jedoch einige Beispiele, die zu der Beurteilung veranlassen, daß die beiden derzeit amtierenden Regierungssprecher solche Belastungen entgegen der Intention der Bundesregierung hervorrufen. Jüngstes Beispiel: die voreiligen und unangebrachten Bewertungen, die Regierungssprecher Becker zu den Gesprächen von Willy Brandt und Hans-Jürgen Wischniewski in Moskau vorgenommen hat.

Der SPD-Vorsitzende hat in Moskau die Null-Lösung für westliche Mittelstreckenraketen vertreten, falls die Sowjetunion ihre SS-20-Rüstung korrigiert. Allen bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung zufolge muß ein westlicher Verzicht auf die Nachrüstung nicht unbedingt zur Voraussetzung haben, daß auch die Sowjetunion ihr gesamtes SS-20-Potential - auch dies außerhalb der Reichweite nach Westeuropa - auf Null bringt. Andererseits hat die Sowjetunion erneut einen Moratoriumsvorschlag unterbreitet, der nicht nur nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden neue Akzente gegenüber bisherigen Moratoriumsvorschlägen setzt. Sowohl der Bundeskanzler wie auch der Bundesaußenminister haben aus guten Gründen vorschnelle Kommentierungen und Bewertungen der Moskauer Gesprächsergebnisse vermieden und wollen erst nach der Erörterung mit Willy Brandt und sorgfältiger Prüfung der Gesprächsergebnisse dazu Stellung nehmen. Die Reaktion ist bedächtig und richtig.

Ganz anders jedoch Regierungssprecher Becker, der noch vor der Rückkehr Brandts voreilig Kommentare abgab, die nicht hinzunehmen sind und weder mit der bisherigen Politik der Bundesregierung noch mit den Reaktionen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers übereinstimmen. Zum neuen sowjetischen Moratoriumsvorschlag sagte er sofort, es handle sich lediglich um die Neubelebung des im Frühjahr von der Bundesregierung abgelehnten sowjetischen Vorschlags. Einen wesentlichen Verzicht auf die Nachrüstung sah er nur, wenn auch die Sowjetunion ihr Mittelstreckenraketenpotential auf Null bringe. Er vertrat die Konzeption eines numerischen Gleichgewichts bei Mittelstreckenraketen, obwohl die Bundesregierung bisher die Konzeption eines ungefähren Gleichgewichts vertreten hatte.

Mit diesen Bewertungen handelte der Regierungssprecher in einer der sensibelsten politischen Fragen offenkundig nicht nur voreilig und eigenmächtig, sondern auch nicht im Sinne der Bundesregierung. Er hielt es nicht einmal für nötig, erst die vom Bundeskanzler angekündigte sorgfältige Prüfung und Erörterung der Moskauer Gespräche abzuwarten, sondern ging mit Positionen in die Öffentlichkeit, die innenpolitisch nur zu Mißverständnissen über die Politik der Bundesregierung führen können. Mit naßfarschen Bewertungen riskierte er eine öffentliche Esavouierung der Moskauer Rüstungsbegrenzungsbemühungen Willy Brandts und eine Belastung des Verhältnisses zwischen Bundesregierung und SPD. Ein solches Verhalten des Regierungssprechers ist nicht erträglich.

Auch für den stellvertretenden Regierungssprecher ließen sich für dieselbe Thematik ähnlich gerichtete Vorgänge in den vergangenen Wochen anführen. Wenn Regierungssprecher die Position der Bundesregierung erschweren und die Bemühungen zu einem Konsens zwischen Regierung und Regierungsparteien unterlaufen, verfehlen sie ihre Aufgabe und werden damit untragbar.

(-/7.7.1981/vo-hc/ca)

+

+

+



Gummigeschosse oder Gummibärchen?

Jugendliche benötigen Zuhörer, nicht Vorträge über Sachzwänge

Von Ralph Herberholz MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

"Wie gut Ihr es heute doch habt!" Diesen Satz haben wohl alle Jugendlichen von ihren Eltern und Großeltern schon gehört. Auch Politiker aller Parteien wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß es der Jugend heute gegenüber früher ungleich besser gehe, daß sie vergleichsweise gute Zukunftsaussichten habe.

Schwierigkeiten der Jugendlichen, sich in ihrer Umwelt zurechtzufinden, werden gerne darauf zurückgeführt, daß "mit der heutigen Jugend nichts mehr los" sei, oder ihr "der Mumm in den Knochen fehlt" - wie mancher stramme Max von gestern vermutet.

Mit dem nicht einmal falschen Hinweis darauf, daß es auch früher schon Probleme und Situationen gab, die für die Zukunft nur das Schlechteste erwarten ließen, sollen den Jugendlichen die "richtigen" Größenordnungen zur Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt vermittelt werden. Ansonsten wird die Jugend mit dem, worin sie Probleme sieht, ziemlich alleine gelassen.

Doch plötzlich - da Schaufensterscheiben klirren, Häuser besetzt werden, Straßenschlachten geschlagen werden, heißt es "Um Himmels Willen", aber auch "Haltet den Dieb" - will sagen: Alles ist nur von ein paar Krawallprofis angezettelt.

Immerhin ist "die" Jugend nun zum Thema geworden, zum heftig umstrittenen dazu.

Zieht nun durch die Straßen unserer Städte ein harter Kern böswilliger Randalierer, gar die Vorhut eines neuen Terrorismus? Oder artikuliert sich hier das Unbehagen eines zunehmenden Teiles der Jugend, die sich eingemauert in Beton und Paragraphen fühlt und der Zukunft nur wenig Anlaß zu Optimismus abgewinnen kann?

So unterschiedlich wie die Vermutungen über die Ursachen und den Charakter der Unruhen sind, so unterschiedlich sind die Vorstellungen, wie ihnen Staat und Gesellschaft zu begegnen haben. "Mehr Härte", fordern die einen, "Bereitschaft zum Dialog" und Selbstkritik ist von anderen zu hören. Die Alternative scheint zu heißen: Gummigeschosse oder Gummibärchen.

Reflektion sollte allemal jedem Handeln vorausgehen. Zu fragen ist: Wie kommt es zu dem, was passiert ist und wofür steht es? Vorverurteilungen wegen Gewalttaten einiger (erwiesenermaßen einer Minderheit) oder des teilweisen unbürgerlichen äußeren Erscheinungsbildes junger Protestierer sind gefährlich.

Mitunter wird versucht, dem Protest den Wind aus den Segeln zu nehmen durch den Hinweis, bei den Protestlern handele es sich nur um eine böartige Minderheit. Im Gegensatz zu diesen "Faullenzern" und "Krawallbrüdern" sei der überwiegende Teil der Jugendlichen arbeitsam und falle nicht aus dem Rahmen. Davon abgesehen, daß hier Anpassung allzu simpel positiv bewertet wird, darf nicht vergessen werden, daß das Unbehagen über gesellschaftliche und politische Mißstände selten die breite Öffentlichkeit "auf die Straße" oder gar "auf die Barrikaden treibt". So äußert denn auch die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen - über den Verdacht, für Gewalttäter Partei ergreifen zu wollen, erhaben - die Überzeugung, daß die für manche Überraschende und erschreckende Radikalität einer Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Politik und Wirtschaft verflochten ist." Einer, der von den Unruhen in seiner Stadt direkt betroffen ist, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Vogel, sprach im Zusammenhang mit den Protestaktionen sogar von einer "Massenbewegung".

Die Frage stellt sich also unerbittlich: Wer sind diese Jugendlichen und was wollen sie?



Vergessen wir zunächst nicht: Diese Jugendlichen sind die Kinder dieser Gesellschaft. Sie wuchsen in einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte auf, in der alles machbar schien. Die Eltern der Jugendlichen haben sich das auch zu gerne vorgaukeln lassen. Es galt: Wir sind wieder wer, uns geht es gut. Der Konsum wurde sogar zum Gradmesser für Freiheit der westlichen Gesellschaftsordnung im Vergleich zu den "armen Brüdern und Schwestern im Osten". Freiheit wurde vorwiegend als Konsumfreiheit wahrgenommen - und der Konsum schien unbegrenzt möglich.

Mit feinem Gespür haben die Jugendlichen als Kehrseite der Medaille wahrgenommen, daß in unserer Gesellschaft vor allem der materielle Erfolg zählt, daß nur Wert hat, was sich in Zahlen ausdrücken läßt. In der Familie konnten sie erleben, wie sich die Eltern im Beruf aufrieben, um sich alle Wünsche erfüllen zu können. Aber was ist mit diesen Wünschen? Braucht der Mensch wirklich ein großes Auto, um glücklich zu sein, garantiert die teure Schrankwand das Wohnen in einer wohntonigen und menschlichen Behausung, befriedigt der Farbfernseher das menschliche Bedürfnis nach Kommunikation?

Schonungslos legt die eidgenössische Kommission den Finger in die Wunde: "Die faktische Abwesenheit beruflich überbeanspruchter Väter, enge und unpersönliche Lebensverhältnisse, Nervosität durch Lärmbelästigung und ein vergiftetes soziales Klima in Wohnblöcken, aber auch scheinbar "innere" Gründe wie Unfähigkeit von Eltern, angesichts einer Fülle von unbewältigten Lebensproblemen den Kindern echte Zuwendung zu geben."

Arbeit und Lebensweise der Eltern erschienen den Jugendlichen als eigentlich sinnentleert und nicht anstrebenswert. Die menschlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Kosten des Wohlstands sind ihnen nicht verborgen geblieben. Sie suchen Arbeit, die zur Selbstentfaltung beiträgt, in der sie weniger für ihr eigenes als vielmehr für das Gemeinwohl arbeiten können - dies um so eher, je höher der Bildungsstand ist.

Unlust, sich dem "traditionellen Produktionsprozeß" zu unterwerfen, ist die Folge. Daß die Jugendlichen bei Arbeiten, die ihnen sinnvoll erscheinen, bereit sind hart zu arbeiten, Leistung zu bringen (auch und gerade wenn sie sonst die Leistungsgesellschaft heftig attackieren), zeigen zahlreiche Produktionskollektive und alternative Werkstätten, in denen oft mehr als acht Stunden täglich gearbeitet wird - und das bei bescheidener Entlohnung.

Auch aus anderen Gründen ist Vatis Argument: "Die sollen mal die Ärmel hochkrempeln und erst was arbeiten?" nicht richtig, und wird es auch nicht, wenn es oft und laut wiederholt wird. Der Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen steigt schneller als die Arbeitslosenquote insgesamt. Auch Jugendliche, die bereit sind, über Jahre hinweg für eine gute Ausbildung Konsumverzicht zu leisten und ein Studium zu absolvieren, erfahren danach, daß sie nicht gebraucht werden, daß sie also eigentlich überflüssig sind.

Nüchtern formuliert der Bericht "Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland", der im Bonner Familienministerium erarbeitet wurde: "Der Jugendliche sieht sich vor die Aufgabe gestellt, einen für ihn angemessenen Platz in der Gesellschaft einzunehmen und auszufüllen. Wenn er nun diese Gesellschaft gekennzeichnet sieht von Problemen wie Umweltbelastung, Rüstungswettlauf, Zwang zum Wachstum, Ungerechtigkeit in Beziehung zur Dritten Welt, mangelnde Lebensqualität, Schwierigkeiten miteinander umzugehen, er sie, von Sachzwängen diktiert, unveränderbar einschätzt, und dies zusammen geht mit einem alltäglichen Lebensgefühl, nicht gebraucht zu werden, ... so nimmt die Bereitschaft ab, sich auf diese Gesellschaft einzulassen."

So müssen es Jugendliche auch mit ihrem stark ausgeprägtem, oft noch in absoluten Kategorien wertenden Sinn dafür, was für Unrecht zu halten ist und was als Gerechtigkeit zu gelten hat, es als ungerecht empfinden: Obwohl Hunderttausende eine Wohnung suchen, stehen 100.000 Wohnungen leer. Gleichzeitig blüht, wächst und gedeiht die Bodenspekulation. Heute bereits bestehende gesetzliche Instrumentarien gegen Spekulation, gegen das Leerstellenlassen von Wohnraum werden kaum genutzt. Dies gilt für alle in den Kommunen, Ländern und im Bund in Verantwortung stehenden Parteien.



Als besonders schlimm empfinden Jugendliche, daß sich bisher niemand darüber empört hat - zumal sie selbst mit dem Mangel an preiswerten menschlich gestalteten Wohnungen konfrontiert werden, wenn sie sich "auf die eigenen Füße" stellen wollen. So erscheint auch vielen, die keine Gewalt anwenden, es legitim zu sein, leerstehende Häuser zu besetzen. Die Aktivitäten der "Instandbesetzer" sind denn auch darauf gerichtet, was eigentlich Aufgabe der betreffenden Hausbesitzer sein müßte: Die Häuser zu erhalten. Die Parole "Lieber Instandbesetzen als kaputtbesitzen" entbehrt nicht jeder Grundlage.

Und nicht nur von den Besetzern wird als skandalös empfunden: Wer in einem leerstehenden Haus den sogenannten Hausfrieden bricht, begeht Rechtsbruch und riskiert eine Strafe. Wer das Grundgesetz bricht, in dem er sich durch sein Eigentum nur zu Spekulation und Wohnraumvernichtung verpflichtet fühlt und damit der Gebrauch des Eigentums nicht "dem Wohle der Allgemeinheit" dient, kommt bis heute ungeschoren davon.

Das gesetzliche Instrumentarium, mit dem gegen das Leerstehen von Wohnraum vorgegangen werden kann, wird bislang kaum genutzt. Bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten wie Zweckentfremdungsverbot, Nutzungsgebot, verbunden mit Modernisierungs- und Instandsetzungsaufgaben, wird kaum Geltung verschafft. Dies gilt für alle in den Kommunen, Ländern und im Bund in Verantwortung stehenden Parteien. Zu lange wuchsen, blühten und gedeihten Bodenspekulation und Wohnungsnot, ohne daß nachhaltig dagegen eingeschritten worden wäre.

Der Wohnungsmangel wäre ohne die Unruhen nicht so schnell und drastisch in das öffentliche Bewußtsein gerückt. Nun gegen diejenigen, die dafür sorgten, mit Polizeiknüppeln und Gummigeschossen vorzugehen, könnte bewirken, daß sich auf zynische Weise bewahrt, was mancher heute beschwört - nämlich daß einige der Jugendlichen angesichts der überzogenen Reaktion der Staatsgewalt irgendwann die Lügen der Terroristen über diesen Staat glauben und in diese Szene abrutschen. Wenn bei übereifrigen Verhaftungen ein Jugendlicher dann unschuldig in die Mühle der Justiz gerät, welche Einstellung zu diesem Staat bekommt er dann? Glauben die Jugendlichen den Lehrern dann noch, daß sie in einem Rechtsstaat leben? Was sollen Lehrer oder Eltern Kindern erklären, die fragen, warum im Majdanek-Prozeß ein mutmaßlicher Mörder von Hunderten von Menschen auf freien Fuß gesetzt wird, weil er einen festen Wohnsitz hat, in Nürnberg aber Kinder und Jugendliche, die zum Teil noch bei den Eltern wohnen, zur Schule oder in die Lehre gehen, wegen Fluchtgefahr eingesperrt wurden?

Nicht erst seit den jüngsten Unruhen ist zu beobachten, daß ein Teil der Jugend sich von diesem Staat ganz abwendet und alle Brücken hinter sich abbricht. Dadurch unterscheidet sich die Unruhe der heutigen Jugend von der der sogenannten 68er Generation. Damals wurde der Staat als Objekt des Veränderungswillens angesehen. Heute geht die Tendenz zu globaler Ablehnung und Verweigerung.

Der vielbeschworene "Dialog mit der Jugend" darf nicht so aussehen, daß Politiker den Jugendlichen erläutern, mit welchen "Sachzwängen" sich die Jugend nun mal abzufinden habe, sondern zuerst mal den Jugendlichen zuhören und ihre Probleme sehr, sehr ernst nehmen.

(-/7.7.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

